

Gehörschütze im Unterricht: Eine Parabel über Wünschbarkeit und Machbarkeit

Von Heinz Bachmann



Der Titel des vorliegenden Artikels (ohne Untertitel) entspricht gleichzeitig dem Titel einer Interpellation, welche am 21. März 2013 im Landrat eingereicht wurde. Was läuft zwischen Roggenburg und Ammel falsch, dass sich das Kantonsparlament mit derartigen Fragen zu befassen hat?

Der Stein des Anstosses

In der besagten Interpellation ist Folgendes zu lesen: «In verschiedenen Primarschulklassen unseres Kantons ist es den lernwilligen Kindern zu laut. Sie können sich nicht mehr auf Ihre Aufträge konzentrieren. Lärmverursacher sind Mitschüler und/oder die Anwesenheit von mehreren Lehrern in der gleichen Lektion. Für konzentriertes Arbeiten benötigt man bekanntlich eine ruhige Umgebung. Aus diesem Grund «dürfen/müssen» die Kinder, welche in Ruhe arbeiten wollen, im Schulzimmer Kopfhörer als Gehörschütze aufsetzen ...»

Schliesslich möchte die Interpellantin die folgenden Fragen beantwortet haben:

1. Ist es Sinn und Zweck der guten Schule Baselland, dass die Kinder Ihres Lernstoff unter erheblich störender Lärmkulisse erarbeiten müssen?
2. Soll das die Individualität fördern? Oder ist dies nur eine Verzweiflungstat der Lehrer?
3. Gibt es Studien, die diese Massnahme auf Erfolg prüfen? Falls ja, wie sehen die Ergebnisse aus?
4. Ist diese Massnahme, Gehörschütze im Unterricht zu tragen, ein Ergebnis der integrativen Schulform oder der Umsetzung von HarmoS?

Gesellschaft und Schule im Wandel

Schweizweit sind Schulthemen permanent in den Medien präsent, und dabei gehen die Meinungen darüber, was und wie denn eine gute Schule sein sollte und was und wie gerade nicht, weit auseinander. In immer kürzeren Abständen werden spektakuläre Reformen lanciert. Den einen sind diese zu zaghaft und zu wenig innovativ, den anderen geht alles zu schnell und zu weit.

Wo liegen die Gründe, dass mittlerweile ein grosser Teil der Bevölkerung und der Lehrpersonen Reformbestrebungen im Bildungsbereich sehr skeptisch gegenüber steht? Dieser Frage versucht der vorliegende Artikel nachzugehen. Dabei ist im Grundsatz unbestritten, dass sich die Schule dauernd mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu befassen hat und sich im Sinne einer lernenden Organisation an veränderte Herausforderungen anpassen muss.

Fehlende Klärung des «Leistungsauftrags» an die Schulen

Nebst den bei PISA und via HarmoS getesteten Kompetenzen in den Bildungsbereichen Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften umfassen die Lehrpläne weitere Fachbereiche wie Natur, Mensch, Gesellschaft;

Gestalten; Musik; Bewegung und Sport. In diesen Fachbereichen finden sich gewichtige Themen wie Berufsorientierung, Umweltpädagogik, Medienpädagogik, Umgang mit den neuen Medien, Gesundheitserziehung und Gefahrenprävention, um an einigen Stichworten die Breite und Tiefe der Inhalte zu illustrieren, mit welchen sich die Schule der Gegenwart zu befassen hat. Zusätzlich engagieren sich die einzelnen Schulen gemäss ihren jeweiligen Schulprogrammen u.a. im Rahmen sportlicher und/oder kultureller Schulanlässe.

Mit dem Bildungsauftrag verknüpft wird ein schulischer Erziehungsauftrag, gesellschaftspolitisch ist jedoch überhaupt nicht geklärt, wie weit dieser reichen soll. Fakt ist, dass die Vorstellungen über die in der Erziehung zu vermittelnden Werte immer weiter auseinanderdriften. Zunehmend wird der Unterricht durch Kinder und Jugendliche sehr stark belastet, deren Eltern ihren Erziehungsauftrag nicht oder kaum mehr erfüllen können oder wollen. Kann die Schule einen so umfassenden Bildungs- und Erziehungsanspruch wirklich einlösen?

Bildungsreformen und Schulentwicklung

Viele Lehrpersonen erhofften sich mit der Einführung der teilautonom geleiteten Schulen eine Steuerung der Schulentwicklung, welche auf den Erfahrungen und Bedürfnissen der Unterrichtspraxis basiert. Zehn Jahre nach Einführung des neuen Bildungsgesetzes zeigt sich eine gegenteilige Realität: Eine top down verordnete Welle von Schulreformen raubt den Lehrpersonen ihren Gestaltungsspielraum und degradiert sie zu Weisungsempfängern der Bildungsbürokratie. Dabei liessen und lassen sich Bildungsplanung und Bildungspolitik von Vorstellungen der Wünschbarkeit leiten und vernach-

lässigen dabei regelmässig Fragen der Machbarkeit, respektive sie delegierten diese an die örtlichen Schulleitungen.

Jüngste Beispiele für dieses Phänomen sind die Umsetzung der gigantischen Reformprojekte Frühfremdsprachen und Integrative Schulung. In der HarmoS-Abstimmung hat sich die Bevölkerung dafür ausgesprochen, dass alle Kinder bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen sollen. Kinder mit speziellem Förderbedarf sollen, wenn immer möglich, in Regelklassen beschult werden. Da der Öffentlichkeit im Abstimmungskampf zu HarmoS nur oberflächlich anhand von Schlagwörtern die erwarteten Vorteile der Vorlage präsentiert wurden, überrascht es nicht, dass Frühfremdsprachen, Integration und Individualisierung des Unterrichts zuerst einmal überwiegend positiv aufgenommen wurden. Aber waren sich die Stimmbürger über die konkreten Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Schule und die Schulkinder wirklich im Klaren?

Wünschbarkeit versus Machbarkeit

Kein vernünftiger Mensch ist dagegen, dass jedes Kind möglichst gute Fremdsprachenkenntnisse erwirbt. Ebenso spricht sich prinzipiell jedermann dafür aus, dass Kinder, wo immer dies möglich und sinnvoll ist, in Regelklassen beschult werden.

Eine Folge der Integrativen Schulung ist aber, dass die Klassen ausgesprochen heterogen werden. Die grossen Unterschiede sowohl in der Sprachkompetenz als auch im Lern- und Sozialverhalten bedingen eine weitgehende Individualisierung des Unterrichts und daraus ergeben sich zwangsläufig Teamteaching-Situationen. Der bis dato weiterhin ominös

bleibende Lehrplan 21 will offenbar in Zukunft noch stärker darauf abzielen, dass die Lernenden weitestgehend gemäss ihren persönlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Interessen geschult werden.

Die Kehrseite der Medaille

Mit der Umsetzung der vollmundig angekündigten Reformen sehen sich nun jedoch Kinder und Erziehungsbeauftragte zunehmend mit einer Realität konfrontiert, welche sie so nicht erwartet haben:

- Unabhängig davon, in welchem Alter man damit beginnt – auch Fremdsprachen lernen sich nicht von allein; der Spracherwerb fordert von den Lernenden ein gehöriges Mass an Einsatz und Hartnäckigkeit. Durch die Einführung von Frühfremd ist der Unterricht von der 3. Primarklasse an deutlich anforderungsreicher geworden. (vgl. Sie dazu die Umfrageergebnisse auf S. 6 ff. im vorliegenden Heft).
- Integration und individualisierender Unterricht bringen quasi als unvermeidbare «Nebenwirkung» Unruhe in die Schulzimmer, denn es laufen parallel meist mehrere «Programme». Kinder, welche Mühe mit der Konzentration haben, nehmen in ihrem Lernumfeld neben ihrem eigenen Auftrag konstant viel anderes wahr, was ihre Aufmerksamkeit ganz oder teilweise in Anspruch nimmt.

Die Umsetzung von Frühfremd und Integration sorgt landauf, landab für Diskussionen, sobald sich die Schulbeteiligten mit den alltäglichen Auswirkungen konfrontiert sehen. Die von den Bildungsplanern politisch erfolgreich durchgesetzten Reformen finden so den Weg zurück an die Öffentlichkeit und werden sodann zu Themen in den Medien und, wie das vorliegende Beispiel zeigt, in den kantonalen Parlamenten.

Die Integration von Kindern mit den unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen stellt eben nicht nur für die Lehrpersonen eine riesige Herausforderung dar, auch die Schulkinder müssen mit einer Unterrichtssituation klarkommen, welche an sie bedeutend höhere Anforderungen stellt, gerade in punkto Selbständigkeit und Konzentrationsfähigkeit.

Die Lehrpersonen stehen im Schaufenster

Es sei noch einmal in aller Deutlichkeit festgehalten: Der Bildungsauftrag der Schulen wurde in der Vergangenheit nie wirklich geklärt. Unsere immer pluralistischer werdende Gesellschaft ist weit davon entfernt, sich darüber zu verständigen, was die Schule wie tun und lassen soll. Dies beweist die Interpellation «Gehörschütze im Unterricht» sehr eindrücklich. Die Verfasserin wurde in der «Volksstimme» wie folgt zitiert: «Die Autoritätsperson Lehrer soll wieder mehr Respekt bekommen. Dann kehrt auch wieder mehr Ruhe im Klassenzimmer ein.» Aktuelle Schulentwicklungen weisen aber in die exakt entgegengesetzte Richtung!

Wenn aus einem Reformprojekt, welches nach dem «Wünschbarkeitsprinzip» geplant wurde, Schulalltag werden soll, stehen die Lehrpersonen im Schaufenster. Schliesslich muss ja jemand schuld sein, wenn die Bevölkerung für ihre Steuerzahlungen nicht das erhält, was ihr versprochen wurde. Wenn es die Lehrkräfte nur richtig machen würden, ja dann ... Vielleicht brauchen alle Beteiligten neben einem Gehörschutz einfach auch noch eine rosarote Brille.

Nur: Wie ist es möglich, dass eine Grossreform nach der anderen politisch durchgewinkt wird, um dann in der Umsetzungsphase Frustration und Ernüchterung auf allen Ebenen auszulösen?

Die folgende Kurzanleitung kann helfen, die Arbeitsweise der Planungsstellen von Bildungsreformen zu begreifen:

Handreichung für das Management wenig erfolgreicher Bildungsprojekte

1. Suchen Sie sich für die Reform positiv besetzte Begriffe und verwenden Sie diese im Titel, z.B. Integration, Individualisierung, Chancengleichheit. Da kann niemand dagegen sein!
2. Beschreiben Sie den Mehrwert der Reform so, dass sich möglichst viele Stakeholder angesprochen fühlen. Orientieren Sie sich zu diesem Zweck an den modernen Marketingmethoden.
3. Produzieren Sie auf der inhaltlichen Ebene umfangreiches und schwer verständliches Material, sodass kaum jemand den Überblick zu behalten vermag. Dossiers mit mehreren hundert Seiten suggerieren Seriosität und Qualität.
4. Bereiten Sie sich auf unangenehme Fragen zur Umsetzung (Machbarkeit) vor. Geeignet sind Antworten, die immer passen, z.B. «Das ist eine andere Flughöhe, die Umsetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt sorgfältig geplant.» / «Studien zeigen, dass diese Reform dort erfolgreich umgesetzt wurde, wo die Lehrpersonen positiv dazu eingestellt waren.» / «Wir nehmen diesen Einwand resp. diese Anregung gerne entgegen.» / «Im Moment beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit diesen Fragen.»
5. Achten Sie darauf, dass Ihr Reformprojekt den Anschein erweckt, man beziehe alle Anspruchsgruppen in die Planung mit ein. Wählen Sie eine Projektstruktur, die Ihnen garantiert, dass Sie nach einem «Mitsprache-prozess» die Reform exakt so durchziehen können, wie dies Ihren Absichten oder bereits getroffenen Entscheidungen entspricht. Sie können dann bei Bedarf auf die Mitarbeit aller Interessengruppen verweisen.
6. Arbeitsgruppen sind ein gutes Mittel, um Interessengruppen einzubinden und den Eindruck von Mitsprache zu erwecken. Unangenehme Fragen und ungelöste Aspekte lassen sich mit einer geeigneten Projektorganisation und -leitung beliebig lang im Schwebezustand halten. Die Erfahrung zeigt, dass irgendwann ein Zeitdruck entsteht, welcher die Entscheidungsträger in der Politik dazu bringt, eine Vorlage durchzuwinken. Von einem bestimmten Punkt an ist es nicht mehr nötig, für heikle Herausforderungen praxistaugliche Lösungen aufzuzeigen. Darauf können Sie sich verlassen!
7. Laden Sie zu Feedback-Veranstaltungen (Sie können diese sinnigerweise auch «Echoräume» nennen) möglichst viele Interessenvertreter mit möglichst divergierenden Haltungen ein. Diese Breite ermöglicht Ihnen, bei der Auswertung präzise das herauszupflücken, was Ihre Intentionen stützt. Zögern Sie nicht, von anderer Seite vermutete «Risiken» in «Chancen» umzudeuten!
8. Widmen Sie der Imagepflege und der Öffentlichkeitsarbeit grosse Aufmerksamkeit. Für den politischen Prozess ist die Verpackung wichtiger als der Inhalt.
9. Nehmen Sie sich aus der Verantwortung für die Umsetzung des Reformprojekts. Delegieren Sie diese an die Schulleitungen vor Ort. Dann müssen sich die Schulen damit auseinandersetzen, dass z.B. zeitliche und finanzielle Ressourcen nicht ausreichen, die geweckten Erwartungen nicht erfüllt werden, unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, wie z.B. das durch dauernde Unruhe belastete Lernklima, welches das Lernen beeinträchtigt.
10. In der Umsetzungsphase steht ihr Projekt im Gegenwind. Verzichten Sie tunlichst auf echte Evaluationen, es genügt, wenn sich dieser Begriff in allen Leitbildern findet! Ihnen resp. Ihrer Ideologie wohlgesinnte Journalisten werden gerne ein mediales Gefälligkeitsgutachten für Sie erstellen. Gerät das Reformprojekt trotzdem sehr heftig in die Kritik, ist es aus strategischen Gründen angezeigt, das nächste grosse Reformprojekt zu lancieren. Das lenkt die Aufmerksamkeit von unangenehmen Wirklichkeiten ab und beschäftigt Personal und Öffentlichkeit gleichermaßen. Schliesslich entspricht es dem Wesen des modernen Menschen, dass er sich lieber mit einer rosigen Zukunft als mit einer schwierigen Gegenwart befasst.

Im Tagesgeschäft ist ein Mitmischen des LVB dennoch nötig und immer wieder hilfreich!

Die LVB-Verbandsführung stösst in vielen Projekten auf die im oben stehenden Kasten dargestellten Muster. Trotzdem arbeiten Mitglieder der LVB-Geschäftsleitung in verschiedensten Arbeitsgruppen der BKSD mit. Dies macht Sinn, weil auf diese Art auf dem Verhandlungsweg mindestens in Teilgebieten immer wieder praxisorientierte Verbesserungen möglich werden. Ziel des LVB bleibt weiterhin eine funktionierende Sozialpartnerschaft ohne taktische Spielereien.